

**Niederschrift über die Sitzung des Werksausschusses Entsorgungsbetriebe
der Stadt Wilhelmshaven am Freitag, 06.02.2009 im Sitzungszimmer WEB
Nr. 1/2009**

Anwesend: **Mitglied der SPD-Fraktion**

Ratsmitglied Hans Gabriels	-	Ausschussvorsitzender
Ratsmitglied Holger Barkowsky	-	Stv. Ausschussvorsitzender bis 12.26 Uhr

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Horst Radmer

Mitglied Bündnis 90 / Die Grünen

Beigeordneter Werner Biehl	–	Grundmandat bis 12.16 Uhr
----------------------------	---	------------------------------

Mitglied Gruppe BASU / Tholen

Ratsmitglied Gerold Tholen	–	stellvertretend für Ratsmitglied Joachim Ender
----------------------------	---	---

Bedienstetenvertreter

Herr Aloys Kiepe		
Herr Roland Müller		
Herr Reinhard Dobronski	–	stellvertretend für Herrn Detlef Schue

Vom Rechnungsprüfungsamt

Frau Petra Gorgiev

Vom Eigenbetrieb, 83

Werkleiter Herr Olaf Schröder
Stv. Werkleiter Herr Kai-Uwe von Thülen
Stv. Werkleiter Herr Holger Kullik
Frau Kirsten Schneidenbach, Abteilungsleiterin
Herr Thomas Wolanski, Abteilungsleiter
Frau Wiebke Klattenberg, Protokoll
Frau Walburg Gernart, Protokoll

Entschuldigt fehlten:

Stadtrat Dr. Jens Graul
Ratsmitglied Joachim Ender
Herr Detlef Schue

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr

Ende der Sitzung: 12.33 Uhr

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil der Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung des Werksausschusses Entsorgungsbetriebe am 07.11.2008
- 3 Mitteilungen und Anfragen
 - 3.1 Terminverschiebung Sitzung des Werksausschusses am 06.03.2009
 - 3.2 Kundenzufriedenheitsumfrage
 - 3.3 Aktion Frühjahrsputz
 - 3.4 Düngemittelverordnung
 - 3.5 Klärschlamm PFT Problematik
 - 3.6 Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts
 - 3.7 Mindestlohn
 - 3.8 NKR-Umstellung
 - 3.9 Andienungspflicht von Hausmüll

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Gabriels, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsmäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.
Im Namen des Ausschusses wünscht er Herrn Dr. Graul und Herrn Ender gute Besserung und beglückwünscht Herrn Kullik zur Geburt seines zweiten Sohnes.

Im Verlaufe der Sitzung wird die Tagesordnung wie folgt ergänzt:

A Öffentlicher Teil

- 3.9 Erstattungen Müllentsorgungen

Gegen die so ergänzte Tagesordnung werden im Ausschuss keine Einwände erhoben.

2 Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung des Werksausschusses Entsorgungsbetriebe am 07.11.2008

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Werksausschusses Entsorgungsbetriebe vom 07.11.2008 wird einstimmig genehmigt.

3 Mitteilungen und Anfragen

3.1 Terminverschiebung Sitzung des Werksausschusses am 06.03.2009

Im Ausschuss besteht Einigkeit, den Termin für die Sitzung des Werksausschusses Entsorgungsbetriebe vom 06.03.2009 auf den 13.03.2009, 10.00 Uhr, Sitzungszimmer WEB zu verschieben.

3 Mitteilungen und Anfragen

3.2 Kundenzufriedenheitsumfrage

Herr Schröder führt kurz in das Thema ein und teilt mit, dass diese Umfrage im Kontext mit anderen Entsorgern gemacht und am 09.02.2009 damit begonnen werde. Sie diene in erster Linie dazu festzustellen, wie die WEB von Kunden wahrgenommen werde und wie sich die WEB gegenüber anderen Entsorgern darstelle. Nach dieser Einführung übergibt Herr Schröder in Einvernehmen mit dem Vorsitzenden das Wort an Frau Schneidenbach, die anhand einer PowerPoint Präsentation über Intention, Ziele und Inhalte der Studie, den Vergleich mit anderen Entsorgern informiert und auf das Thema Datenschutz vertiefend eingeht. Die Präsentation ist als Kopie der Niederschrift beigelegt.

Herr Biehl fragt, ob über die Presse bereits im Vorfeld die Bürgerinnen und Bürger über die Befragung informiert werden. Frau Schneidenbach antwortet, dass die Presse bereits am 06.02.2009 zu diesem Thema informiert worden sei.

Die Fragen von Herrn Barkowsky und Herrn Harms zum Auswahlverfahren werden von Frau Schneidenbach und Herrn Schröder beantwortet.

Es beginnt eine kurze Diskussion zum Image der WEB, dem sich ergebenden Vergleich mit anderen Entsorgern und zur nachhaltigen Auswertung der Studie durch die WEB an der sich Herr Radmer, Herr Weerda, Herr Kiepe, Herr Schröder und Herr Harms beteiligen.

Herr Kiepe regt an, dass die ausgewählten Bürgerinnen und Bürger vorher mit der Bitte an der telefonischen Befragung teilzunehmen angeschrieben werden sollten und geht davon aus, dass dem Ausschuss die komplette Auswertung zur Verfügung gestellt werde. Frau Schneidenbach teilt zum Thema Anschreiben mit, dass auch uns die Daten nicht bekannt seien und somit auch niemand angeschrieben werden könne.

Herr Radmer begrüßt die Durchführung der Kundenzufriedenheitsanalyse und stellt die Frage, ob dies alles mit der WEL abgestimmt worden sei. Herr Schröder antwortet, dass eine Differenzierung erfolgt sei und hinterher in der Untersuchung auch unterschiedliche Ergebnisse dargestellt werden können (Zufriedenheit mit der Abfallsammlung WEB / WEL).

3 Mitteilungen und Anfragen

3.3 Aktion Frühjahrsputz

Herr Wolanski gibt folgende Informationen:

Es handelt sich um eine Gemeinschaftsaktion der Landkreise Friesland und Wittmund sowie die Städte Schortens und Wilhelmshaven. Teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden Bockhorn, Friedeburg, Sande, Wangerland, Zetel, Landkreis Friesland und Wittmund, Samtgemeinden Esens und Holtriem, Städte Jever, Schortens, Varel, Wittmund, Wilhelmshaven sowie die Inselgemeinden Spiekeroog, Langeoog und Wangerooge.

Als Sammeltermin sei der 21.03.2008 festgelegt worden, Schulen und Kindergärten könnten bereits am 20.03.2009 sammeln. Offizielle Eröffnung in Wilhelmshaven sei der 20.03.2009, Sitzungszimmer der WEB. Die WEB werde die Annahme der Anmeldungen der einzelnen Gruppen, die Koordinierung der Reinigungsgebiete im Stadtgebiet, die Organisation der Abfuhr, die Ausgabe der Abfallsäcke, die Betreuung der Sammelgruppen am 21.03.2009, Verwertung und Entsorgung der Abfälle sowie die Sonderabfallentsorgung übernehmen. Es ergeht die Einladung an den Ausschuss am 21.03.2009 um 10.00 Uhr an der Reinigung des Bürgerparks mitzuwirken. Im Anschluss daran gäbe es wie in jedem Jahr Erbsensuppe.

Herr Biehl fragt an, ob die Entwicklung der Teilnehmerzahlen in den letzten 12 Jahren dargestellt werden könne. **Herr Wolanski** antwortet, dass in den letzten Jahren die Zahlen immer weiter zurückgegangen seien (in den Anfangszeiten ca. 1700 Bürger, in den letzten Jahren ca. 300 Bürger) und dass das Interesse an der Sammlung bei Schulen und Kindergärten rückläufig sei.

Herr Biehl führt dazu aus, dass es in seinem Bereich immer schwieriger werde, die Kinder zu motivieren.

Auf die Frage von **Herrn Harms**, ob die geringe Beteiligung an der Sammlung daran liegen könne, dass die Sammelmenge evtl. geringer werde antwortet **Herr Wolanski**, dass die gesammelte Menge von 3,5 t im Jahre 2007 auf 4,5 t im Jahre 2008 gestiegen sei.

Herr Dobronski bemerkt, dass Kleingartenvereine diesen Tag auch oft dazu nutzen würden, die Gärten vom Sperrmüll zu entsorgen. **Herr Wolanski** bemerkt, dass diese Thematik bekannt sei und auch deswegen keine Container mehr zur Verfügung gestellt würden.

3 Mitteilungen und Anfragen

3.4 Düngemittelverordnung

Herr Schröder teilt mit, dass die WEB von der Düngemittelverordnung nicht direkt berührt werde, die am 16.12.2008 erlassen worden sei. Sie sei im Rahmen der Klärschlamm Entsorgung eines der maßgeblichen Regelwerke. Es würde in der Düngemittelverordnung zu einer Absenkung der Grenzwerte kommen, die eine Aufbringung des Klärschlammes auf Feldern fast unmöglich machen würde. Sie sehe bis zum 31.12.2016 noch Ausnahmen von den Grenzwerten vor. Nach 2016 würden dann strenge Grenzwerte gelten, die von der WEB in einigen Werten teilweise um den Faktor 20 überschritten würden. Insofern scheine auch in Zukunft eine landwirtschaftliche Klärschlamm Entsorgung für WEB nicht möglich.

Es ergibt sich zwischen **Herrn Schröder**, **Herrn Weerda**, **Herrn Harms** und **Herrn Dobronski** eine kurze Diskussion zur Aufbereitung und Verwertung des Klärschlammes.

3 Mitteilungen und Anfragen

3.5 Klärschlamm PFT Problematik

Herr Schröder informiert über eine Umfrage bei allen Abwasserentsorgern in Niedersachsen, die eine Analyse des Abwassers in Bezug auf den PFT-Wert (PFT = Perfluorierte Tenside) zum Inhalt hatte. Ergebnis war, dass 16 % der Kläranlagen einen sog. duldbaren Wert von 0,3 Mikrogramm / Liter nicht einhielten. Zurzeit würde

über eine Grenzwertbestimmung diskutiert. Nach dem jetzigen Stand der Technik könnte es nicht umgesetzt werden, diesen Wert am Ablauf der Kläranlagen zu erreichen. Diese Diskussion müsse auf jeden Fall weiter beobachtet werden. Die in Wilhelmshaven gemessenen Werte seien nicht bedenklich, sie lägen nur in einzelnen Fällen über dem duldbaren Wert.

3 Mitteilungen und Anfragen

3.6 Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts

Herr Schröder informiert darüber, dass der Bundesrat am 13.02.2009 über eine Modernisierung des Vergaberechts beschließen würde. Leider sei durch eine kurzfristige Änderung im Bundestag die ursprünglich vorgesehene Klarstellung zur Abgrenzung der kommunalen Zusammenarbeit von wettbewerbsrechtlichen Vorgängen entfallen. Als Beispiel dazu sei die Zusammenarbeit (komm. Selbstverwaltung) mit der Stadt Schortens zu nennen. Bislang sei es möglich gewesen, die Dienstleistung des Kanalnetzbetriebes für die Stadt Schortens außerhalb des Wettbewerbs zu übernehmen. Dies sei mit der Novellierung des Vergaberechts nun erschwert. Der VKU hätte zu der Problematik schon eine Stellungnahme abgegeben.

3 Mitteilungen und Anfragen

3.7 Mindestlohn

Herr Schröder teilt mit, dass der Bundestag am 13.02.2009 auch über den Mindestlohn von 8,02 Euro debattiere, welcher auch für die Entsorgungswirtschaft von Bedeutung sei. Die WEB sei nur in Bezug auf kurzzeitige Überbrückungen mit Leiharbeitskräften über Personaldienstleister betroffen.

Herr Wolanski erklärt, dass es für die eingesetzten Leiharbeitskräfte bei der WEL und der WEB mit dem Personaldienstleister eine freiwillige Vereinbarung geben werde, die sicherstellen solle, dass die Leiharbeitskräfte diese 8,02 Euro pro Stunde erhielten.

Herr Harms fragt, ob in der Vergangenheit bei den WEB Personal unter 8,02 Euro beschäftigt gewesen sei. Herr Schröder bejaht dahingehend, dass dies der Fall gewesen sei, wenn Personal über Zeitarbeitsfirmen beschäftigt worden sei.

3 Mitteilungen und Anfragen

3.8 NKR-Umstellung

Herr Kullik führt aus, dass einem Ratsbeschluss aus dem Jahr 2005 zufolge die NKR-Umstellung bis längstens 2011 erfolgt sein müsse. Die NKR-Umstellung brächte mit sich, dass neben der Bilanz (1. Säule) und der G+V-Rechnung (neu Ergebnisrechnung und Ergebnisplanung – 2. Säule) die Finanzrechnung und Finanzplanung (3. Säule) Bedeutung erhielte. Die Finanzrechnung / Finanzplanung sei eine Fortschreibung der liquiditätsmäßigen Situation des Betriebes. Die Kämmerei hätte bestimmt, dass die Eigenbetriebe bis Ende 2008 das alte System verwenden sollten und ab 2009 auch auf NKR umstellen sollten. Dieses können die WEB noch nicht tun, weil durch Anpassungen des SAP-Systems an das neue NKR erhebliche Änderungen eingepflegt werden müssten, die in Testläufen

zunächst getestet werden müssten. Zudem gab es erhebliche kapazitätsmäßige, krankheitsbedingte Personalausfälle in relevanten Schlüsselpositionen innerhalb des Betriebes. Die Arbeiten könnten im Jahr 2009 evtl. abschließend erledigt werden. Der Ratsbeschluss würde einen Zeitraum bis 2011 vorgeben. Man müsse auch bedenken, dass an das Personal hohe Anforderungen gestellt würden aufgrund der Buchungen in verschiedenen Systemen. Für 2009 könnten die Zahlen ggf. zum Ende des Jahres in manueller Form im NKR-Format zur Verfügung gestellt werden (Stichwort: Konzernabschluss).

Die Ausführungen werden im Ausschuss mit großem Interesse verfolgt.

Herr Radmer fragt nach der Möglichkeit, ob in SAP so gebucht werden könne, dass die Ergebnisse konform im NKR dargestellt werden könnten. Herr Kullik beschreibt kurz den erforderlichen Umstellungsvorgang. Nach einer entsprechenden Systemanpassung und erfolgreich abgeschlossener, umfangreicher Testphase könnte der Echtstart erfolgen.

In der weiteren Diskussion, an der sich die Herren Gabriels, Harms und Radmer beteiligen werden Fragen gestellt und beantwortet.

Im Weiteren führt Herr Kullik aus, dass der Gesetzgeber daran arbeitet, für Eigenbetriebe die Möglichkeit des Wahlrechts zu eröffnen. Käme dieses Wahlrecht müsse den WEB auch die Möglichkeit gegeben werden, über dieses Wahlrecht nachzudenken.

Die Frage von Herrn Harms, wie weit die Umstellungsphase gediehen sei, beantwortet Herr Kullik dahingehend, dass einzelne Buchungsvorgänge eine besondere Bearbeitung und Testphase benötigten.

3 Mitteilungen und Anfragen

3.9 Andienungspflicht von Hausmüll

Herr Schröder informiert über ein Gutachten des VKS über die Zukunft des Hausmülls und die Frage, wann der Hausmüll andienungspflichtig sei und wann nicht. Das Gutachten käme zu dem Schluss, dass die gewerbliche Entsorgung im Bereich des Hausmülls nur in ganz engen Grenzen zulässig sei. Hausmüll sei im Großen und Ganzen andienungspflichtig - nur dann nicht, wenn es eine eigene Verwertungsmöglichkeit gäbe (Beispiel Eigenkompostierung), dies beinhalte nicht die Übergabe der Aufgabe auf einen Dritten. Herr Schröder ginge davon aus, dass sich die Rechtsauffassung des Gutachtens durchsetzen werde.

3 Mitteilungen und Anfragen

Anfragen, die in der Sitzung abschließend beantwortet wurden

Herr Radmer berichtet über einen Vortrag zum Thema Energiemanagement und -controlling und fragt an, ob Energiemanagement bzw. -controlling bei der WEB praktiziert werde.

Herr Schröder antwortet, dass Optimierungsmaßnahmen im Bereich Stadtentwässerung begonnen hätten. Für eine Kontaktaufnahme bittet er Herrn Radmer um weitere Informationen über den Vortrag.

Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 11.30 Uhr und eröffnet den nichtöffentlichen Teil um 11.30 Uhr.